

EVANGELISCHE AKADEMIE LOCCUM

Netzdiskurs

Internet und der Strukturwandel von Kommunikation und Öffentlichkeit

Tagung der Evangelischen Akademie Loccum vom **5. bis 7. Dezember 1997**

in Zusammenarbeit mit dem Benutzer-Service-Zentrum der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers

Jörg Becker

Keine alternative Nische

Internet: Die Illusion unkontrollierter Kommunikation

Was als Rechnerverbund 1967 gegründet wurde und gegenwärtig in aller Munde ist, Internet also, mag als eine kleine und bescheidene Vorstufe dessen gelten, was dem Globus und seinen Menschen mit A1 Gores Anfang 1994 verkündetem Konzept eines Information Superhighway ins Haus stehen wird. Was die US-Regierung im März 1994 auf einer Konferenz in Buenos Aires in ihre Vorstellungen von einer Global Information Infrastructure-Initiative (GII) einbettete, was also auch endgültig die Welten des Fernsehens und der Telekommunikation miteinander verschmelzen wird.

Internet ist nicht nur eine Vorstufe zum Information-Superhighway, es ist gleichzeitig auch Hoffnungsträger von vielen NROs weltweit, von Wissenschaftlern und Bürgerinitiativen, von Gewerkschaftern und kritischen Journalisten, von Alternativ- und Gegenbewegungen, über ein freies und kostengünstiges, über ein staatlich nichtkontrolliertes, über ein leicht anarchisches Kommunikationsnetz zu verfügen. Postmoderne Essayisten haben inzwischen den für diese Hoffnungen notwendigen ideologischen Oberbau gebildet, und auch einst kritische Wissenschaftler wie Herbert Kubicek unterstützen Netze wie Internet mit folgenden Argumenten: „Das beste Gegenstück zu Orwells 1984 ist das Internet. Dort ist alles drin, aber niemand kann es mehr kontrollieren. Diese Art privatkapitalistischer Anarchie entzieht den alten Überwachungsmechanismen technisch den Boden. Hinzu kommt die anstehende institutionelle Deregulierung und die weitere Aufteilung der technischen Netze.“

Ich halte alle diese Hoffnungen auf einen alternativen Nutzungszusammenhang von Internet für falsch, analytisch nicht durchdacht, bestenfalls naiv, im Sinne der Kritischen Theorie jedoch für affirmativ. Ich will das im Folgenden thesenartig begründen.

1. Wer eine Diskussion über die Veränderung von Gesellschaft (reformistisch oder revolutionär) an der Frage des Zugangs zu einer bestimmten Technologie festmacht, der hat ein deterministisches Verständnis von Technik. Demgegenüber ist auf der Erkenntnis darin zu beharren, daß Gesellschaftsveränderung zunächst und primär etwas mit Leidensdruck und sozialem Lernen zu tun hat. Wer immer den Begriff der Informationsgesellschaft benutzt, hat sich damit bereits vom konkreten Alltag der Menschen, von ihrem Leiden, ihrem Glück und ihren Utopien in menschenverachtender Form entfernt.

2. Wo Christ- und Freidemokraten von Technologiefolgenabschätzung sprechen, wo Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Grüne mit einem Konzept von „sozialverträglicher Technikges-

taltung“ daherkommen, da unterstellen solche Vorstellungen die politische Gestaltungsfähigkeit von Technologie. Das erscheint mir mehr als seltsam. Da kennt unsere Verfassungsrealität keinerlei relevante Eingriffsmöglichkeiten des Staates in die privatwirtschaftlichen Steuerungsmechanismen, da kennen dann insbesondere die Welthandelsstruktur und das Beziehungsgeflecht von Außenwirtschaften fast kein einziges Steuerungsmoment, und da sollen dann andererseits ausgerechnet die internationalisierten Strukturen und Netze von Information und Kommunikation „soziotechnisch“ abgefedert werden?

Noch immer gilt über das Verhältnis Privatwirtschaft/öffentliche Hand, daß Profite privatisiert, Verluste vergesellschaftet werden. Dementsprechend wird der marode Bergbau staatlicherseits subventioniert, dementsprechend läßt sich aber ein mit Steigerungsraten von 16 Prozent p.A. boomender Telekommunikationsmarkt eben nicht sozialverträglich gestalten. Wer darauf hofft, ist historisch und analytisch blind.

Männlich, jung, reich

3. Die soziale Zusammensetzung der Internet-Benutzer ist in den USA gut erforscht. Rund 60 Prozent aller Nutzer sind Männer mit universitärer Ausbildung; 50 Prozent aller Nutzer verdienen mehr als 50.000,00 US-Dollar p.A.; rund 70 Prozent aller Internet-Nutzer haben ein festes Angestelltenverhältnis, und mit dem gleich hohen Prozentsatz von 70 Prozent sind die allermeisten Nutzer weiß. Schließlich ist es nicht untypisch, daß mehr als 50 Prozent aller Nutzer in die Altersgruppe zwischen 18 und 34 fallen. Internet-Benutzer sind also meistens männlich, jung, reich und entstammen der herrschenden Schicht einer Gesellschaft. Diese soziale Zusammensetzung der Internet-Nutzer ist alles andere als verwunderlich; sie ist sogar typisch. Es kann inzwischen als empirisch abgesichert gelten, daß stets technisch hochmotivierte männliche Jugendliche der oberen Sozialschicht als objektive Türöffner eines neuen Technologiemarktes fungieren. Das gilt für die Funkamateure der 10er und 20er Jahre und ihre Bedeutung für den Radiomarkt genauso wie für die Funkamateure, Hacker, Bastler und Techno-Freaks der Gegenwart. Im Sinne von Schumpeters innovativer Persönlichkeit erfüllen sie alle die Rolle, die ihnen in einer kapitalistischen Ökonomie verbleibt: Sie helfen, neue und unbekannte Märkte zu erobern. Haben sie diese Rolle erfolgreich gespielt, dann werden die neuen Märkte staatlich reguliert und privatwirtschaftlich kommerzialisiert. Mit dem Entzug von zwölf Mio. US-Dollar der National Science Foundation als Subvention an Internet Ende 1994 haben Techno-Freaks ihre Rolle als „nützliche Idioten“ für dieses Netz beendet. Einer Kommerzialisierung steht gerade deswegen nichts mehr im Wege, als dieses Netz nun fast 30 Jahre lang aus öffentlichen Mitteln vorsubventioniert wurde.

4. Im Spannungsfeld einer politischen Devise von „Global denken – lokal handeln“ bedarf auch der Gedanke einer globalen Vernetzung seiner Legitimation. Vernetzung an und für sich, sei sie technisch vermittelt, sei sie direkter und personaler Natur, kann kein in sich begründeter sozialer Zweck sein. Nicht Netze binden Menschen untereinander sinnstiftend zusammen, vielmehr sind es kulturelle, politische, religiöse oder ökonomische Gemeinsamkeiten, Absichten und Utopien. Anders formuliert: Aus politischer Sicht interessieren gemeinsame Interessen, nicht aber gemeinsame Netze.

5. Wer nicht nur in bezug auf Internet, sondern auch bei anderen Medien und Informationstechnologien einen gleichberechtigten Informationszugang für alle potentiellen Teilnehmer fordert und diese Forderung sogar mit dem Gedanken einer Grundversorgung für alle verknüpft, der hat ein ausgesprochen reduziertes Verständnis von Demokratie. Das, was die Qualität von demokratischer Realität und Verfassung ausmacht, läßt sich eben nicht reduktionistisch auf technokratische Schubladen mit den Etiketten „Zugang“, „Partizipation“ oder „Chancengleichheit“ verengen. Die Forderung nach einem Informationszugang für alle vernachlässigt zudem die

Frage nach der Qualität der Information (d.h. auch von Internet). Wo „Informationsmüll“ oder „Meinungsschrott“ zum systematisch notwendig vorherrschenden Moment leicht zugänglicher, relativ billiger und technisch unsicherer Netze wie Internet werden, da ist eine sich demokratisch gerierende Forderung nach Informationszugang für alle bestenfalls naiv, wenn nicht eher zynisch zu nennen.

Kommerzialisierung der Privatsphäre

Es kommt ein drittes Kritikmoment hinzu, denkt man über diese Forderung nach gleichberechtigtem Informationszugang nach. Es ist dem Kapitalismus immanent, daß er sich dorthin ausdehnen muß, wo es noch keine Märkte gibt. Ein solch relativ blinder Fleck für den Kapitalismus ist immer noch die Welt des Individuums, seine Privat- und Intimsphäre, die Sphäre auch der Familie. Ist es eines von mehreren Charakteristika der gegenwertigen „Informationsrevolution“, gerade die Grenzen zwischen öffentlich und intim zu verwischen, dann geht es bei einem Zugang für alle noch weniger um politische Forderungen als darum, bislang nicht erschlossene Räume einer neuartigen Form von Vermarktung und Kommerzialisierung zuzuführen. Dieses Mißverständnis zwischen Demokratisierungsforderung und Kommerzialisierungsrealität hat im übrigen seine fatale „linke“ Tradition. Der Anfang der 70er Jahre gerade von politisch links kommende Enthusiasmus für Zwei-Weg-Fernsehen oder Lokalmedien hat zu nicht sehr viel mehr als zu einer Kommerzialisierung des Lokalen und zu technisch neuartigen Fernsehverteilungsmöglichkeiten geführt. Es wird Zeit, aus solchen politischen Fehlern zu lernen !

Daß Kommunikation ohne Grenzen, daß Grenzüberschreitungen mit Medien zu Völkerfreundschaft, Frieden oder Solidarität führen können, war und ist die nicht hinterfragte Ausgangsüberlegung vieler Kommunikationsexperten, Nachrichtentechniker, Politiker, Konzernstrategen, aber auch vieler Alternativpolitiker. Diese Annahme mag unter manchen Bedingungen zutreffen. Es mag aber auch sein, daß diese Annahme gerade dann nicht zutrifft, wenn beide Partner jenseits ihrer gemeinsamen Grenze sehr unterschiedlich sind und wenn eine kritische Dichte bei der Intensität von Grenzerfahrungen überschritten wird. Nur wenn es ein Empfinden für die Grenze gibt, kann diese überwunden werden. Hebt man diese Grenze freilich mit dem Mittel kultureller Homogenisierung auf, dann ist sie nicht aufhebbar, dann wird sie erst zu Gewalt. Daß ab einer bestimmten Menge grenzüberschreitende Kommunikation gewaltfördernd wirkt, ist die eine Interpretationsmöglichkeit. Die andere könnte in Anlehnung an eine Parabel von Franz Kafka schon vor dem ersten Weltkrieg darauf hinauslaufen, daß ein Zuviel an medialen Botschaften eine völlige Entleerung ihrer Inhalte bedeute. In dieser Parabel heißt es: „Es wurde ihnen die Wahl gestellt, König oder der Könige Kuriere zu sein. Nach Art der Kinder, wollten alle Kuriere sein. Deshalb gibt es lauter Kuriere, sie jagen durch die Welt und rufen, da es keine Könige gibt, einander selbst die sinnlos gewordenen Meldungen zu. Gerne würden sie ihrem elenden Leben ein Ende machen, aber sie wagen es nicht wegen des Diensteides.“ Die Parabel läßt sich gut und abschließend mit einem weiteren Gedanken von Kafka verbinden: „An den Fortschritt glauben heißt nicht glauben, daß Fortschritt schon geschehen wäre. Das wäre kein Glaube.“

Jörg Becker, Professor, Politik- und Medienwissenschaftler, ist Geschäftsführer der Solinger Gesellschaft für Kommunikations- und Technologieforschung KomTech.